

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 22 (1942-1943)
Heft: 8-9

Artikel: Die Schweiz vor der Neuordnung Europas. Teil II
Autor: Sprecher, Jann v.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158973>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Schweiz vor der Neuordnung Europas.

Von Jann v. Sprecher.

II.

Es wäre wohl reichlich vermessen, nun, am Eingange des vierten Kriegswinters, sagen zu wollen, der innere Sektor des Landes sei ausgeglichen, es sei die einige Front der Parteien oder Gruppen vor der Neuordnung Europas hergestellt, und mit der erforderlichen inneren Geschlossenheit könne und werde unser Volk den kommenden schweren Problemen gegenüberstehen und sie zu meistern vermögen. Gewiß — in der grundlegenden Richtung, und das ist nach Außen, läßt sich die weitgehend einmütige Entschlossenheit des ganzen Volkes feststellen, das Land durch die letzte, wohl nicht allzu lange, für uns jedoch zweifellos schwerste Phase dieses Krieges erfolgreich durchzureißen, also unsere Unabhängigkeit gegen jede Einbuchtung kompromißlos zu bewahren, jeden Angreifer, wer es auch sei, zurückzuweisen, und, eingedenk unserer immerwährenden Neutralität, allen Zumutungen gegenüber eine durch nichts, aber auch gar nichts zu erschütternde Festigkeit zu beweisen, woher sie auch kommen mögen, und gleichgültig, ob sie im Namen des „Neuen Europa“ oder im Namen der „Zweiten Front“ uns gestellt werden möchten. Und doch — selbst hier, in diesem Bereiche, wo es wirklich um die Kardinalfrage geht, müssen in Bezug auf jene Geschlossenheit leider einige Einschränkungen angebracht werden. Verbrechen der jüngeren Zeit, vielleicht aber ebenso sehr einige der sie begleitenden Tatsachen und Umstände, beweisen dies.

Was aber nun den spezifisch innerpolitischen Sektor betrifft, so läßt er freilich in besonderem Grade selbst das Mindestmaß der erforderlichen Geschlossenheit vermissen. Nun soll hier gewiß keineswegs einer verschwommenen Einigkeit in Grundsatzfragen unseres staatlichen Lebens das Wort geredet werden, die sich ja doch niemals erzielen läßt. Im Grunde ist das auch gut so. Und es kann sich denn also gar nicht darum handeln, natürlich vorhandene Gegensätze verneinen, die Mauern der Parteigehege abtragen zu wollen, um sie dann nur mit Sicherheit an einem anderen Orte sich wieder erheben zu sehen. Nicht dieses kann gemeint sein. Allein etwas anderes sollte sich nun nachgerade in diesen schweren Tagen erreichen lassen: der Verzicht darauf, die Partei-suppe an dem Feuer des Weltbrandes zu wärmen, der Verzicht auf das immer noch und immer erneut feststellbare Bemühen, die Gräben beharrlich wieder aufzureißen, die eben erst in opferreicher Zusammenarbeit im Interesse des Landes zugeschüttet werden konnten, — der Verzicht dar-

auf, den Klassenkampf zu schüren, der, wenn etwas, in diesen sorgenvollen Tagen und Wochen unzeitgemäß ist, und, endlich, der Verzicht darauf, mit der Blickrichtung auf mehr oder weniger konkrete ausländische Entwicklungen das Ackerfeld der Partei, ohne Rücksicht auf die andern Mitbürger, eifrig zu bestellen.

Denn es läßt sich anderseits an Beispielen wohl erweisen, daß eine Zusammenarbeit der Parteien, unter der selbstverständlichen Wahrung ihrer grundsätzlichen Anschauungsunterschiede, sehr wohl möglich ist, wenn nur alle Beteiligten darauf verzichten, die unter dem Druck der äußeren Umstände gegebene Lage, die zu dem politischen Bürgerfrieden führte, zu eigenen Gunsten auszunutzen zu wollen, den anderen Beteiligten also politisch ein Schnippchen zu schlagen, oder gar, sie einzuseifen. Es bestehen politische Arbeitsgemeinschaften, denen auch der kritische Beobachter sichtliche Erfolge der Zusammenarbeit, bei aller Zurückhaltung, nicht wird bestreiten können — und unter deren Einfluß, weitergehend, eine erfreuliche Glättung und Beruhigung der Atmosphäre, zum Wohle des Staates, sich erkennbar macht. Allein es ist eben nur der — unter Kollegen schließlich selbstverständliche — Verzicht darauf, eigene Geschäfte auf dem Rücken der Anderen zu tätigen, also, kurz gesagt: der Wille, fair zu sein, der eine Zusammenarbeit, über alle natürlichen Gegensätze hinweg, überhaupt erst ermöglicht und am Ende ersprießliche Resultate für alle erwarten läßt.

Nun lassen aber mehrfache Beispiele der jüngeren Zeit vermuten — oder machen es sogar nur zu deutlich —, daß Bestrebungen im Gange sind, bestehende Zusammenarbeit zu erschweren, die durch den Willen des Volkes vor den äußeren Gefahren erstandene Schicksalsgemeinschaft zu zerreißen und einen Rückfall in jene Parteipolitik vorzubereiten, die reichlich oft unsere Jahre des Friedens kennzeichnete, deren Wiederauferstehung in dieser Zeit nun freilich das Unzeitgemäße des Unzeitgemäßen bedeuten würde.

Mit leisen Andeutungen fing es an; allein die Tendenz war bald unschwer zu erkennen. Ein Vortrag, der vor kurzem der Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich dargeboten wurde, enthüllte in bemerkenswerter Weise die Planung; denn es ging dort um nicht weniger als die Absicht, die Hand des Staates, die heute, unter dem Zwange der Kriegsnotwendigkeiten, vorübergehend in fast allen Bezirken der Wirtschaft führend eingeschaltet ist, mit ihrem ganzen drückenden Gewicht in dieser Funktion auch im Hinblick auf die Nachkriegszeit zu stabilisieren, in rücksichtsloser Ausnützung gegebener Umstände auf dem Rücken des Bürgertums den Staatssozialismus zu etablieren und die freie Wirtschaft ein für allemal auszuschalten, um sie nicht wieder auferstehen zu lassen *):

*) Sperrungen in Zitaten von uns.

„Die Freizügigkeit des Unternehmers wird unter dem Drucke der Kriegsnot mehr und mehr eingeschränkt, und von Tag zu Tag zeigt sich die Überlegenheit streng gegliederter Planwirtschaft mehr. Deutlich fällt der Wink des Schicksals und zeigt, was bei sinnvoller Planung aus den erschlossenen Produktivkräften alles herauszuholen ist. Noch dient die Planung dem Kriege. Aber sie wird auch in der Nachkriegszeit nicht mehr verschwinden. Dafür sorgen schon die zahlreichen Nachkriegsprobleme, die nur bei straffer Lenkung der wirtschaftlichen Kräfte gemeistert werden können.“

Es soll nun vernünftigerweise nicht bestritten werden, daß die Nachkriegszeit wohl in mehr als einem Bereiche noch der staatlichen Lenkung wird bedürfen müssen, bis die schweren wirtschaftlichen Erschütterungen, die im Gefolge des Krieges ja täglich noch zunehmen, einmal überwunden sein werden. So ist es denn auch keineswegs diese Erkenntnis, gegen die wir uns sträuben; wogegen wir uns freilich mit aller Schärfe wehren, das ist der Versuch, hier aus der Not eine Tugend machen zu wollen, die kriegsbedingte Staatswirtschaft unter den Augen des Bürgers, der sie unter dem Zwange der gegebenen Verhältnisse notgedrungen auf sich nimmt, in ein Definitivum übergehen zu lassen. Nichts anderes wäre dies aber, als Ausnützung des guten Willens des Bürgertums, das entschlossen ist, im Interesse der Sicherung unserer Unabhängigkeit die schwere Last der Staatswirtschaft für die Dauer der Kriegszeit zu tragen, und — im Sinne des Burgfriedens — ausdrücklich darauf verzichtet, gegen ihre oft denkbar ungünstigen Auswirkungen ohne Not aufzutreten. Man kann kaum anders, als ein solches Vorgehen zu mindest dem inneren Zusammenhalt nicht förderlich, ja als dem inneren Frieden schädlich zu bezeichnen.

Nun scheint man sich zwar selbst in dem Kreise der *ex officio* sehr Sachverständigen in der Einschätzung der Kriegswirtschaft als Vorstufe kommender Planwirtschaft nicht ganz einig zu sein. Allein das ändert nichts daran, daß man in der Hauptsache, in der Schlußfolgerung also, völlig zusammenklingt. Wenn also der Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz in einem beachteten Aufsatz der Novembernummer der „Roten Revue“ das Pferd auf einer andern Seite aufzäumt und erklärt, Kriegswirtschaft sei nichts weniger als sozialistische Planwirtschaft, und „auch wir als Sozialisten müssen solche Kriegswirtschaft als notwendiges Übel ansehen“, so ist das bittere Ende seiner Überlegungen doch auch kein anderes als wir es oben sahen: „Plan der Arbeit“ — Planwirtschaft:

„Der demokratische Volksstaat muß neue Menschenrechte zur konstitutionellen Grundlage seiner Politik machen. Zur Freiheit der Person, des Gewissens, des Glaubens, muß der demokratische Staat seinen Bürgern die Sicherung der Existenz und den Anteil am Arbeitsertrage gewährleisten. Das ist möglich, wenn an Stelle der individualistischen Privatwirtschaft die sozial orientierte Gemeinwirtschaft tritt.“

Nun sind wir mit Herrn Nationalrat Dprecht durchaus der Meinung, daß in unserem demokratischen Volksstaat die Existenz des Bürgers, nicht zuletzt in der jetzigen schweren Kriegszeit — nicht weniger aber auch in der kommenden Nachkriegszeit —, gesichert sein soll. Allein wir möchten dies nun freilich nicht in erster Linie als eine Aufgabe des Staates betrachtet wissen, und es kann uns in dieser Auffassung nur bestärken und gereicht uns außerdem noch zur besonderen Freude, daß unter anderen gerade auch Leute, die Herrn Dr. Dprecht politisch sicher „nahe stehen“, uns in ihren Ansichten in diesem Punkt sehr nahe kommen. Folgt man freilich den weiteren Ausführungen des Herrn Dr. Dprecht, so ergibt sich eine Tendenz, mit der jedenfalls der Titel jenes Aufsatzes des Parteipräsidenten — „Inmitten des neuen Weltkrieges“ — in einem ganz besonderen Sinne in Widerspruch stehen muß. Denn der Charakter jener Ausführungen — und im Grunde genommen des ganzen Aufsatzes — läßt eine Einstellung erkennen, die „inmitten des neuen Weltkrieges“, und da unser Land sich nun täglich mehr dem Brennpunkt dieses Krieges zu nähern scheint, zu mindest nur als äußerst bedenklich bezeichnet werden kann. „Inmitten des neuen Weltkrieges“ wird hier, kurz und bündig, wieder völlig unverhüllt die Parole des nackten Klassenkampfes ausgegeben, als ob es keine schweizerische Volksgemeinschaft zur letzten, bitter notwendigen Sicherung der Existenz unseres Landes gäbe — daß sie besteht, beweist uns jeder Tag aufs neue —, als ob wir uns im tiefsten Frieden und nicht „inmitten des neuen Weltkrieges“ befänden:

„Das wichtigste und entscheidende Problem der Gegenwart ist das der Löhne und Preise. Bei dessen Behandlung durch die herrschende Klasse tritt der Klassencharakter unserer Bundespolitik am schärfsten wieder in Erscheinung... Auch in Bezug auf die Finanzpolitik des Bundesrates ist unsere oppositionelle Haltung zu verschärfen. Die einseitige Belastung der großen Massen des Volkes durch die Verdoppelung der Umsatzsteuer muß abgelehnt werden... Wir vertreten den Standpunkt, daß gegen die Klassenpolitik der herrschenden Schichten der Kampf der SPG mit Hilfe der gesamten Arbeiterschaft zu verschärfen ist. Es müssen überall Lohnforderungen gestellt werden. Denn die Verelendung der Arbeiterschaft darf nicht weitere Fortschritte machen, während andere Volkskreise am Krieg profitieren...“

Das sind sehr bittere Worte, die Herr Dprecht da ausspricht. Er weiß aber, daß Zeit des Krieges noch stets Zeit der Not bedeutete. Gewiß ist die Lebenshaltung des Volkes gesunken: aber ihre Verminderung trifft gar nicht allein die Arbeiterfamilie; noch schwerer trifft sie, beispielsweise, den „bürgerlichen“ Kleinrentner. Irgendwie trifft sie eben, mit verschwindend kleinen Ausnahmen, die sich — das weiß natürlich auch Herr Dprecht — nie ganz vermeiden lassen, unser

ganzes Volk. Aber will Herr Dprecht nicht einmal seinen gestrengen Blick unseren Nachbarvölkern und den übrigen Völkern des Kontinents zuwenden? Vor dem Bernischen Gewerkschaftskartell hat Herr Nationalrat Bratschi erst Mitte November 1942 noch festgestellt, daß wir in den Jahren 1941/42 nicht die Teuerungswelle hatten, wie beispielsweise 1917; wir hätten eine „etwas bessere Finanzpolitik und etwas bessere Preiskontrolle“. Die jetzige Art der Kriegsfinanzierung, die, im Gegensatz zum letzten Weltkrieg, sich in erster Linie der Steuern, in zweiter der Anleihen und erst in letzter Linie der Notenpresse bediene, sei „von der Arbeiterschaft zu begrüßen“, auch wenn sie über die Verteilung der Steuerlasten anderer Meinung sei... Und was nun im besonderen die Lohnprobleme anbelangt, so wäre es doch ein allzu billiger — übrigens auch allzu bekannter! — Weg, hierfür einfach den „Klassencharakter unserer Bundespolitik“ verantwortlich zu machen. Auch Herr Dprecht weiß, daß viele Arbeitgeber — aus Umständen, die ihnen nicht als Verschulden angerechnet werden können — nicht in der Lage sind, ihren Arbeitern den vollen durch die Lohnbegutachtungskommission als angemessen bezeichneten Teuerungsausgleich zu gewähren. Allein Herr Dprecht weiß auch, daß dies Ausnahmen sind; wie es aber im Allgemeinen bestellt ist, hat doch unlängst gerade diese Kommission, unter dem Vorsitz des Gewerkschafters Prof. Marbach, dargelegt, indem sie sich zu der Feststellung veranlaßt sah:

„daß im Allgemeinen bei den Arbeitgebern die Einstellung zu einer teilweisen Anpassung der Löhne an die gestiegenen Lebenskosten eine positive“

sei.

An der Delegiertenversammlung des Gewerkschaftskartells Zürich vom 24. Nov. 1942, an der F. Uhlmann über die gewerkschaftliche Arbeit des Metallarbeiterverbandes, des stärksten Verbandes der Privatarbeiterschaft, referierte, äußerte er sich unter anderem ausführlich auch über das Abkommen betr. die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie vom 1. Juli 1937, dessen Hauptinitianten, Generaldirektor Dr. Dübli und Gewerkschaftsführer Nationalrat Konrad Jlg, eben erst durch die Universität Bern durch die Verleihung des Ehrendoktors ausgezeichnet worden sind. Auf der Grundlage dieses Abkommens betrug darnach der Teuerungsausgleich bis Ende April 1942 22,8 Prozent; bei Berücksichtigung der Kinderzulagen betrug er im Falle von sechs Kindern 38,2 Prozent bei 40 Prozent Teuerung. Die durch das Abkommen erzielten Verbesserungen kommen 98 Prozent der 99 000 Beschäftigten zugute. Und der Bericht fährt fort:

„Die Haltung des Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverbandes, wie sie sich in dem Abkommen dokumentiert, ist oft heftig kritisiert worden. Es hieß,

sie erschüttere das Zutrauen zum Verband und werde zu Massenaus-
tritten führen. Die Bewegung der Mitgliederzahlen be-
weist gerade das Gegenteil... Der Verband ist so stark,
wie er es bisher noch nie war... Die Verbandsgeschichte beweist
im übrigen, daß die großen Erfolge nicht durch Streiks, die meist nur
dem Aufholen der rückständigen Arbeitsbedingungen in den kleineren Betrieben
dienten, sondern durch Abkommen, hinter denen auf beiden Seiten kraftvolle
Verbände stehen, erzielt wurden. Deshalb stehen die Gewerkschaf-
ten auch einer weitgehenden staatlichen Intervention
auf dem Arbeitsmarkt recht kühl gegenüber..."

„Die Löhne dürfen sich durchaus sehen lassen“, heißt es
an einem anderen Ort des Berichtes; und in einem früheren Bericht des-
selben Verbandes wird festgestellt:

„Wir wollen auch hier anerkennen, daß es am Verständnis
für die schwierige Lage der Arbeiter beim größten Teil
der Arbeitgeberschaft nicht fehlt..."

Nun scheint sich Herr Nationalrat Dprecht, vielleicht, freilich unge-
wollt, zu seinem eigenen Glück, über die große Bedeutung des Ein-
flusses der Gewerkschaften keinen Illusionen hinzugeben. Als
Voraussetzung des Erfolges des von ihm „inmitten des neuen Weltkrieges“
proklamierten verschärften politischen Kampfes — „der nicht nur pa-
lamentarisch, sondern auch außerparlamentarisch zu führen
ist“ — bezeichnet er nämlich die Verständigung mit den Ge-
werkschaften, deren Bedeutung seit dem letzten Weltkrieg stark gewach-
sen sei und zwar „zahlenmäßig und in sozialer Hinsicht“. Leicht resigniert
stellt er dann fest, „die Partei muß sich mit dieser Situation abfinden.
Denn es muß verhindert werden, daß die Gewerkschaf-
ten eigene Wege gehen.“ Betrachtet man die Gesamtlage des
Landes, das sich, vielleicht rascher als gemeinhin vermutet, in das
Zentrum selbst des Kriegsgeschehens versetzt sehen wird, so scheinen
hier nicht die Gewerkschaften, sondern es scheint viel-
mehr durchaus Herr Dprecht „eigene Wege“ zu gehen. Er
ist nämlich anscheinend auf dem Wege, sich Herrn Nationalrat
Schneider beizugesellen, der unlängst die oberste Sprosse der dema-
gogischen Leiter erstieg, als er erklärte, „daß wir nicht länger
dulden, daß Hunderttausende hungern.“

Wenn wir nun hier für einmal es unternommen haben, Herrn Dr.
Dprecht und einen wesentlichen Flügel der von ihm in letzter Linie eben doch
umworbenen Gewerkschaften gegenüberzustellen, so soll es allein deshalb ge-
schehen sein, um festzustellen, daß wesentliche Teile unserer
Arbeiterschaft eben ganz offensichtlich den Dingen gegenüber eine
andere Einstellung haben, als Herr Dprecht. Nichts wäre nun
bürgerlicherseits verfehlter, als diese erfreuliche Tat-
sache irgendwie in politisch=taktischem Sinne aus-

nützen zu wollen. Nicht darum kann es sich handeln — es sollte nur gezeigt werden, daß es auch anders geht. Im Interesse des Landes, in seiner so ernststen Lage, ist dies erfreulich; im Interesse des Landes wäre es freilich noch weit erfreulicher, wenn sich gelegentlich selbst Herr Nationalrat Dprecht entschließen könnte, den Schritt zu tun, den das Volk in letzter Linie von ihm an so verantwortlicher Stelle erwartet: die Verständigung mit den Gewerkschaften, die er so lebhaft anruft, im Sinne einer — wenn auch vorerst natürlich nur leichten — eigenen Annäherung an die Gedankengänge jener starken Arbeiterverbände zu vollziehen, die zugleich zu eigenem Nutzen wie im Interesse des Landes zu handeln wissen.

* * *

Was aber schließlich an den Gesamtausführungen des Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz am meisten befremdet, das scheint uns seine Einstellung zu Dingen zu sein, die sich in dem Bereiche unserer Außenpolitik bewegen:

„Als freie Arbeiterbewegung, die für die Außenpolitik unseres Landes nicht verantwortlich ist, bekämpft die SPG mit allen Mitteln Faschismus und Nationalsozialismus als ihr (sic!) Feind No. 1.“

Dann anderseits immerhin:

„Wir haben aber als schweizerische Sozialisten uns weder mit der russischen Außenpolitik noch mit der anglosächsischen Außenpolitik zu identifizieren.“

Aber:

„Unser Standpunkt ist der der sozialistischen Arbeiterschaft.“

Wie wirken doch diese Töne so vertraut! Vertraut freilich wie aus längst vergangener Zeit. Es ist nämlich die alte Leier, die, staubig wie sie ist, aus dem Museum fast vergessener Tage hervorgeholt wird. Allein so wollen wir denn, gegenüber dem Kerngehalt dieser Ausführungen — „unser Standpunkt ist der der sozialistischen Arbeiterschaft“ —, einmal wieder feststellen: wenn Eines in diesen Zeiten höchster Fluktuation jetzt schon unerschütterlich dasteht, ist es die Erkenntnis, daß der alte Sozialismus internationaler und marxistischer Prägung nach diesem Kriege bestimmt nicht wieder erstehen wird. Er kann schon deshalb nicht wieder erstehen, weil er diesmal — im Gegensatz zum letzten Weltkrieg — nicht einmal erst im Kriege selbst völlig versagt hat, sondern schon vor Beginn des Krieges tatsächlich hundertprozentig zusammengebrochen ist. Darf man Herrn Dprecht vielleicht an einige Namen erinnern? Wo sind die Stampfer, Wels und Breitscheid, wo die Adler und Renner, wo endlich die Blum und Jouhaux, wo der „cycliste“ Sa-

lengro und Herr Marx Dormon geblieben? Alle miteinander haben sie jämmerlich versagt. Vor Herrn Schuschnigg und Herrn Feh haben sie weiche Knie bekommen, vor dem Nationalsozialismus sind sie völlig dahingesunken, und Frankreich ist, zwar nicht allein durch ihre Schuld, aber unter ihrem wesentlichen Mitverschulden, gänzlich zusammengebrochen. Einer freilich ist noch übrig geblieben: Herr Dprecht, der „olle, ehrliche Marxist“. Während überall, vor allem, beiläufig, in den besetzten Gebieten Europas, die Arbeiterschaft mit dem Bürgertum in geschlossener Reihe steht, teils um die nationale Freiheit wieder zu erkämpfen, wo sie verloren ging, teils um den Krieg im Interesse der Freiheit der Entwicklung des eigenen Landes zu gewinnen — so bei den Engländern beispielsweise —, während gerade das Proletariat Rußlands ein kaum zu übertreffendes Bekenntnis zum eigenen Vaterland, ein nationales Heldentum sondergleichen erweist — in dessen unternimmt es Herr Dprecht, unserer Arbeiterschaft wieder die ausgefahrenen Geleise der marxistischen Internationale, die längst kein anderer mehr benutzt, als den einzigen Weg in die Zukunft dringend anzuempfehlen. Nun möchten wir zwar sehr bezweifeln, ob unsere Arbeiterschaft, nach den Erfahrungen, die sie und die anderen „Arbeiter aller Länder“ mit der „Zweiten Internationale“ gemacht haben, noch große Lust verspürt, den so gründlich entgleisten Zug erneut zu besteigen. Die Außenpolitik unseres Landes aber wird von unserem ganzen Volke getragen, weil sie die Politik der Unabhängigkeit des Landes ist, also auch von der Arbeiterschaft — daran dürfte, trotz Herrn Dprecht, wohl kaum ein Zweifel bestehen. Allein es erscheint nun im höchsten Grade bedenklich, daß heute, da die Zukunft des Landes vielleicht in kurzer Frist vor die schwerste Probe gestellt wird, gemäß dem Willen des Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz die Arbeiterschaft als für die Außenpolitik unseres Landes nicht verantwortlich erklärt werden darf.

Wir halten es für völlig ausgeschlossen, daß solche Dinge beispielsweise im Herbst 1939 hätten gesagt oder geschrieben werden können. Damit aber ist bereits das Wesentliche festgelegt. Tatsächlich scheint man hier und dort zunehmend der Ansicht zu sein, die Schweiz sei nun außer Gefahr, und man glaubt deshalb, sich allerhand erlauben zu können, was damals unmöglich gewesen wäre — damals, als der Ernst der Stunde allen, wirklich allen, bewußt war. Schon sieht man sich „über dem Berg“. Man rüstet zum innerpolitischen Kampf. Und es eilt offenbar. „Wir müssen uns aber auch darüber klar sein, daß mit der Burgfriedenspolitik Schluß gemacht werden muß“, sagt Herr Nationalrat Schneider. Die „Berner Tagwacht“ aber

erklärt — ebenso unverständlich wie von wenig Verantwortung getrübt — unter der Schlagzeile „Sowjetrußland“:

„Die Republik der Sowjets ist jene lang gesuchte und endlich gefundene politische Form, in deren Rahmen die ökonomische Befreiung des Proletariats, der vollständige Sieg des Sozialismus vollbracht werden muß. Die Pariser Kommune war der Keim dieser Form. Die Sowjetmacht ist ihre Entwicklung und Vollen dung.“

Wie sagte doch Herr Sprecht?

... „als freie Arbeiterbewegung, die für die Außenpolitik unseres Landes nicht verantwortlich ist...“,

* * *

Es ist wohl kaum als ein Ausdruck allzu großer Skepsis zu werten, wenn man sich zu der Überzeugung bekennt, daß wir auf diese Art und Weise nicht weiter kommen. Soll unser Land vor der Neuordnung Europas bestehen, so dürfte dies wohl in erster Linie als eine Frage der Nationalen Disziplin betrachtet werden. Nun ist es aber zum mindesten zweifelhaft, ob wir diese zwingende Voraussetzung unseres Bestandes nicht von vornherein mit bedenklich negativen Vorzeichen versehen dadurch, daß der eine oder der andere unter uns, an den nicht immer restlos überzeugenden Ergebnissen der schweizerischen Volksgemeinschaft verzweifelnd, diese unter Zuhilfenahme ausländischer Perspektiven zu kurieren trachtet. Nicht daß wir damit jemals behaupten wollten, das Heil unserer Zukunft wäre gewissermaßen in einer geistigen und moralischen schweizerischen Autarkie beschlossen! Im Gegenteil; gestehen wir doch offen, daß uns die bisherigen Ergebnisse der uns durch die Umstände, zwar zwingend, aufgenötigten kulturellen Autarkie nicht gerade mit besonderer Befriedigung erfüllen können. Allein nicht darum geht es hier. Es ist uns auch keineswegs unbekannt, daß die Schweiz sich niemals den großen geistigen Strömungen wird verschließen dürfen, die dannzumal ihre weiten Kreise über Europa und die Welt erneut ziehen werden, wenn einmal die Schrecken dieser Jahre verblaßt sind und eine gütige Vorsehung auch die letzten Wunden hat vernarben lassen. Allein gerade das setzt nun eben voraus, daß wir nicht gegenüber Unfertigen, jedenfalls aber Kriegsbedingtem, eine voreilige Aufnahmebereitschaft proklamieren, und uns damit für später die notwendige geistige Bewegungsfreiheit selbst verbauen. Heute jedenfalls können wir hinschauen wo wir wollen — „hinschauen“ ohne uns „hinzuneigen!“ —: etwas wirklich Festes, Stabiles, etwas, das sich im Ernste, nicht nur mit Worten, vor der Zukunft gegenüber allen Völkern feierlich in diesem oder jenem Sinne verpflichten wollte — wir suchten es vergeblich. Dagegen treffen wir — und gerade unweit des Bereiches der

Seite, welcher die „Berner Tagwacht“ ihr Herz zugewendet hat — gelegentlich doch auf arge Mißtöne, die uns allein schon in die größte Zurückhaltung verweisen müssen. So befaßte sich der inzwischen aus dem britischen Kriegskabinett ausgeschiedene — vielleicht auch deshalb ausgeschiedene? — Sir Stafford Cripps, der sich immer mehr zum britischen „enfant terrible“ entwickeln will, unlängst mit dem Problem Deutschland im Falle eines alliierten Sieges und erläuterte einen Vorschlag, wonach alsdann die deutsche Industrie auf die Nachbargebiete des Reiches zu verlagern wäre. Wörtlich führte er aus:

„Wenn ich diesen Gedanken erörtere, dann halte ich es für unbedingt notwendig, daß bei einem solchen Kurs die Nachbarn Deutschlands keine kleinen unabhängigen Einheiten sein dürfen, sondern starke, eng miteinander zusammenhängende Gebilde darstellen müssen.“

Ruhige und kritische Überlegung muß uns übrigens selbst schon ohne weiteres sagen: wir können lange suchen — heute werden wir zwar viele Zukunftsbilder, ein auch nur einigermaßen wirklich verlässliches Bild der Zukunft jedoch nicht finden, weil es gar nicht vorhanden sein kann. Die Kriegsführenden alle haben in diesen Tagen tatsächlich andere Sorgen; was sie uns heute vormalen, dient in erster Linie einmal dem Kriege. Wieweit es einst das Bild des Friedens sein wird, das muß sich erst noch herausstellen.

Je und je haben wir Schweizer es uns zugute gehalten, trotz unserer unbestreitbaren Mängel, ein politisch reifes Volk zu sein. Uns schiene es nur solcher politischer Reife zu entsprechen, wenn wir in diesen sorgenvollen Tagen unsere innerpolitischen Konflikte ruhen ließen, das Kriegsbeil unserer politischen Gegensätze sehr bewußt noch eine Weile dort belassen wollten, wo wir es am 1. September 1939 begruben. Unsere Klingen haben wir zwar seitdem oft gekreuzt; allein trug nicht jener Kampf dann stets das Signum der Ausnahme, die rasch vorüberging und keine allzutiefen Narben beließ? Haben wir denn seitdem nicht jedesmal, da eine Auseinandersetzung unumgänglich wurde, doch stets vor dem temperierenden Hintergrund des Burgfriedens gekämpft? Soll es damit ein Ende haben?

Wir sind nicht dieser Meinung. Was bis heute schließlich doch möglich war, sollte gerade jetzt nicht ausgeschlossen bleiben: daß wir bestehende Mängel unserer Volksgemeinschaft in gemeinsamer Arbeit, über alle innerpolitischen Gegensätze hinweg — die als solche selbstverständlich bestehen bleiben und bestehen bleiben sollen, weil und soweit sie grundsätzlich verschiedener Anschauung entspringen —, zu beheben suchen, wie es — nicht nur die von uns zitierten wenigen Zeugnisse aus gewerkschaftlichen Kreisen beweisen es, sondern auch noch viele andere — bis heute in verschiedenen Sektoren mit Erfolg getan worden ist. Der

Geist der „Friedensvereinbarung“ vom 1. Juli 1937 soll uns hier Vorbild und Ansporn sein!

* * *

Gerade heute schiene uns das Aufreißen innerpolitischer Gegensätze zudem eine ganz besondere, eine sehr akute Gefahr in sich zu tragen. Der Krieg beginnt sich — in seiner letzten, schwersten Phase — unserem Lande zu nähern. So wie er unaufhaltsam fortschreitet in seinem Verlauf, so wird er uns, wenn nicht alle Zeichen trügen, in kurzer Frist wohl vor ernsteste Probleme, vielleicht vor Probleme unserer Erhaltung, stellen. Denn irgendwann und irgendwo wird wohl die „Zweite Front“ eines Tages auf den europäischen Kontinent herüberwechseln. Die Schweiz aber hütet eine Schlüsselstellung dieses Kontinents. Die Pässe der Alpen sind in unserem Besitz. Es ist ausgeschlossen, in diesem Augenblick den innerpolitischen Kampf zu entfesseln.

Und auch ein weiteres:

Es sind Feinde am Werk. Man hat Verräter gesucht und man hat Verräter gefunden. Nun gibt es in jeder Volksgemeinschaft stets einmal käufliche Subjekte, die das Vaterland für Geld verraten, und es wird immer wieder solche geben. Sie werden vom Volke ausgestoßen und unschädlich gemacht. Dann geht man zur Tagesordnung über. Allein wenn junges Schweizerblut fließt, das nicht hätte fließen müssen, dann ist es Zeit, daß die Gutgesinnten alle zusammenstehen.

Junge Schweizer sind Opfer eigener ideologischer Verstrickung geworden. Die Fälle mehren sich, da sie sich in den Netzen der Spionage verfingen. Sie wurden Verräter am eigenen Land. Da muß nun das Volk zum rechten sehen. Es nimmt den eisernen Besen zur Hand und schafft Ordnung. Aber es gibt schwachen Seelen gerade auch das Beispiel jener Haltung in der Disziplin, welche die Stunde erfordert. Es tut dies in allen seinen Teilen, indem es verzichtet auf das Spiel mit ideologischen Spekulationen, die nur Verwirrung schaffen — darauf bewußt verzichtet, bis wir wirklich über den Berg sind. Auch der Schweizer hat heute keine Zeit zum Träumen.

Wenn die Schweiz vor der Neuordnung Europas bestehen soll, dann muß sie erst dafür Sorge tragen, daß ihr in den kommenden Wochen und Monaten nichts geschieht. Vor den ernststen Ereignissen, die uns erwarten, muß ein in sich geschlossenes, ein einiges Volk stehen. Und wir alle, von der Linken bis zur Rechten, sollen uns jetzt die Hände reichen; wir müssen Ordnung schaffen, damit wir in wirklich geschlossener Front den kommenden Dingen zu begegnen wissen.

Denn in diesen kommenden Entwicklungen wird die Neutralität der Schweiz ihre Probe zu bestehen haben. Sie wird sich bewähren müssen, wenn auf dem historischen Boden Europas die Schlacht um die „Zweite Front“ geschlagen wird. So muß denn unser aller Denken und Handeln heute allein der Sicherung unserer Unabhängigkeit, der strikten Bewahrung unserer Neutralität vor der letzten Schlacht dieses Krieges und in dieser Schlacht gewidmet sein.

Die Sicherung unserer Neutralität ist zugleich die Sicherung unserer nationalen Disziplin. Jene wird bedingt durch diese. Wenn wir alle uns des Ernstes der Lage klar bewußt sind, so ergeben sich die Folgerungen von selbst.

Sie spielen auf dem äußeren und auf dem inneren Sektor.

Maßhalten in den äußeren Bereichen muß heute, wenn je einmal, unsere Parole sein. Die Völker Europas und der Welt sind im Begriffe, zu ihrem schwersten Kampfe anzutreten. Wie von selbst ergibt sich aus diesem Umstand auch die Pflicht des Neutralen. Der Solidarität auf unserer inneren Front muß die Solidarität nach Außen entsprechen. „Solidarität des Schweigens“ — so nannte es kürzlich eine Zeitung. Und mit Recht: dort, wo wir nichts zu suchen und nichts dreinzureden haben, ziemt uns, gerade heute, äußerste Zurückhaltung. Vielleicht wäre es gar nicht vom Übel, wenn wir diese Zurückhaltung in manchen Bezirken noch angemessen verstärken wollten. Damit vergeben wir uns nämlich nicht das Geringste; wir dienen damit nur dem Land, dessen Stellung, unter dem Einfluß der jüngsten Entwicklungen, immer schwieriger wird. Und dieser ernstesten äußeren Entwicklung entsprechend, mag es uns zumal heute mehr noch als bisher geziemen, auf Parteinahme, auch indirekte, zu verzichten. Wir wissen wohl alle, was gemeint ist. Allein wir opfern damit nicht das geringste Interesse unseres Landes — im Gegenteil: wir stützen so, im Wege eines freiwilligen Verzichtes, die Neutralitätspolitik des Bundesrates. Auch können wir damit vielleicht einen kleinen ausgleichenden Beitrag leisten gegenüber den ungeheuren Opfern, welche die andern Völker dem Kriege, Tag um Tag, zu bringen haben — Opfer, die uns auch heute noch wesentlich erspart bleiben. Es wäre das nur der Tribut des Kleinen, den die Vorsehung von diesen Opfern verschont hat. Wir wollen uns also nicht einmischen in die Belange der andern.

Aber die andern sollen sich auch nicht in unsere Belange einmischen. Wir möchten hier gar nicht mißverstanden werden: Der „Solidarität des Schweigens“, nach außen geübt aus freiem Entschluß, entspricht die „Solidarität des Handelns“ in unseren eigenen Belangen; hier wollen wir Herr und Meister bleiben, weil wir hier Herr und Meister bleiben müssen, im Interesse der Zukunft unseres Landes sowohl wie im Interesse einer geschlossenen

Haltung unserer inneren Front. Gewahrt werden muß vorab die freie Entscheidungsbefugnis unseres Volkes über Dinge, die sich innerhalb der Grenzen unseres Landes abspielen; gewahrt werden müssen aber auch die Rechte und die Ansprüche, die uns als einem souveränen Staate zustehen. Gewahrt werden aber muß vor allem unser Recht, auf dem eigenen Boden Ordnung zu schaffen, wo Ordnung geschaffen werden muß.

Als wir in den Jahren 1919, 1920, 1921, 1922 die armen Opfer der Kriegsfolgen, Opfer der Inflation, die armen österreichischen und deutschen Kinder bei uns aufnahmen, um so wenigstens einen kleinen Beitrag zu leisten, damit das Elend nicht zu groß werde, konnten wir vielleicht doch einige dieser unschuldigen Opfer vor dem Hunger bewahren. Wenn wir heute das gleiche zu tun versuchen, um einige der armen, verfolgten Menschen — und wenn es gleich Juden sind — vor Elend und Verzweiflung, vor Verderben und Tod zu behüten — so fragen wir niemanden darnach, sowenig wie wir in dem anderen Falle jemanden deswegen um die Erlaubnis gefragt haben. Wenn wir im Namen der Menschlichkeit zu handeln versuchen inmitten all' dieses Elends, so handeln wir zugleich im Namen unseres eigenen Rechts als freies Volk, und wir brauchen uns dessen weder zu schämen, noch gar uns dafür zu entschuldigen, daß auf Schweizerboden jene einzige Menschlichkeit geübt wird, die diesen Namen verdient, da sie die Binde der Gerechtigkeit sich um die Augen legte. Von unserem Standpunkt aus gesehen kann es sich hier niemals handeln um eine Grundsatzfrage — denn für uns ist der Grundsatz klar — sondern höchstens um eine Frage des praktischen Ermessens, dessen Spannweite zu bestimmen in den Händen der verantwortlichen Männer des Bundeshauses liegt.

Allein es stellen sich in diesen Tagen Grundsatzfragen in einer anderen Richtung, und hier freilich ist der Grad des Ermessens von dem Grade der Gefährdung diktiert. Die Häufung Landesverräterischer Verbrechen zwingt zum Handeln. Die Solidarität des Handelns tritt hier, auf unserem ganz eigenen Boden, wo niemand uns etwas dreinzureden hat, in ihre Rechte.

Vielleicht hat unsere Demokratie im Laufe einer jüngeren Entwicklung den Fehler begangen, daß sie sich zu sehr in weltweite Zusammenhänge verlor und dabei das Eigene vernachlässigte. Wenn einzelne Bereiche unseres Volkes sich für eine „Volksfront“ zu begeistern vermochten, und dabei den eigenen, gegenüber Idealisierungen stets kargen Boden unserer kleinen, aber eben bodenständigen schweizerischen Demokratie zu vergessen drohten, so sind andere dem Nationalsozialismus nachgelaufen. Solange dieses sich zu Friedenszeiten und auf dem rein theoretischen Boden interessanter staatspolitischer Diskussionen vollzog, war weder gegen das eine noch gegen das andere Bemühen viel einzusetzen: was dem einen recht ist, ist dem andern billig. Die „Volksfront“ der Jahre

um 1936 und folgende ist inzwischen längst zu nichts zerfloßen und bereits fast vergessen sind die Zeiten jenes politischen Mischmasches, von dem harmlose Schweizerseelen sich eine Erneuerung des Weltbildes versprochen. Ihre schweizerischen Anbeter sind, vielleicht von einigen wenigen Ausnahmen kommunistischer Observanz abgesehen, inzwischen auch geistig wieder zu den heimischen Penaten zurückgekehrt und leisten treu ihren Dienst für das Vaterland. Der Nationalsozialismus aber hat beinahe den Kontinent erobert.

Und nun sehen wir uns heute der Tatsache gegenüber, daß eine erschreckend große Zahl junger Menschen — freilich nicht alle der Verurteilten — irgendwie aus ideologischen Motiven zu Verbrechen geworden sind. Und wenn wir uns überlegen, woher das kommt, so scheint uns dies weniger der Existenz der oder jener „Bünde“ oder „Bewegungen“ zugeschrieben werden zu sollen, als unserer eigenen Lässigkeit. Nicht einer Lässigkeit im Verbieten; es sind bei uns schon manche Organisationen verboten worden — ebensoviele aber wieder aufgestanden; und was Verbote gegebenenfalls für Folgen haben können, das hat sich beispielsweise erst wieder erwiesen bei den Großratswahlen des Kantons Genf.

Vielleicht haben wir zuviel von der Demokratie geredet und zu wenig gehandelt. In seinem ausgezeichneten Referat vor der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Genf vom 27. September 1942*) hat Herr Nationalrat Feldmann das Wort gebraucht, daß wir mit der „müden Defensive“ nirgends hin kämen. So ist es. Unter nicht wenigen wegen Landesverräterischer Verbrechen Verurteilten, die in Strafanstalten die Vollstreckung des Urteils auf sich zu nehmen haben, geht heute noch die Auffassung um, daß ihr Delikt eigentlich nicht mit „gewöhnlichen“ Maßstäben gemessen werden könne und dürfe, daß es gewissermaßen „accidentell“ und die Strafe demnach durchaus temporärer Natur sei. Von ihnen rechnen viele mit irgend einer früheren oder späteren „Erlösung“, also Befreiung. Das kann nicht weiter verwundern, wenn man weiß, daß einzelne Landesverräter direkt prämiert worden sind.

Es besteht, so weiß man, ein „Bund der Schweizer in Großdeutschland e. V.“ — also als Verein, der im Vereinsregister eingetragen ist —, dessen monatliche „Rundschreiben“ in jeder Nummer den Tatbestand des Hochverrats gegenüber der Eidgenossenschaft mehrfach erfüllen. In den Reihen dieses Bundes nehmen Schweizer führende Stellen ein, die in der Schweiz wegen Landesverräterischer Verbrechen rechtskräftig zu Zuchthausstrafen verurteilt worden sind, nachdem sie flüchtig waren.

*) „Zur Lage der Schweiz an der Schwelle des vierten Kriegswinters“; als Broschüre erschienen im Verlag Paul Haupt, Bern.

Allein auch auf unserem schweizerischem Boden geschehen Dinge, die nicht mehr geschehen sollten. Abgesehen davon, daß wir zusehen, wie unser Land mit antidemokratischer Propagandalektüre direkt überschwemmt wird, konnte es beispielsweise geschehen, daß auf einer Großveranstaltung einer ausländischen Organisation auf Schweizerboden der aus dem Ausland hergereifte Redner des Abends die klassischen Worte aussprechen durfte:

„Die Demokratie ist keine Devise mehr, die für denkende Menschen und denkende Völker irgendeinen Wert hat.“

Trotzdem ist später dieser selben Organisation erneut eine Großveranstaltung bewilligt worden.

So etwas spricht sich natürlich herum.

Daß aber solche Dinge — es sind ja nur wenige Einzelbeispiele, die wir anführen — Schwächezustände unserer Demokratie offenbaren, welche die Gefahr in sich tragen, daß dadurch dem Landesverrat hingeneigte Menschen in die Versuchung kommen könnten, sich des Bewußtseins ruhigen Geborgenseins zu versichern, dürfte wohl unbestreitbar sein; es ist deshalb unsere Pflicht, dafür zu sorgen, daß ein solcher Eindruck — wenn er bestanden haben sollte — nicht mehr weiter bestehen kann.

Hier ist die Sphäre, wo die Solidarität des Handels einzugreifen hat. So sehr wir uns der Einmischung in äußere Geschehnisse enthalten sollen — wenn sie uns auch oftmals stark bewegen mögen —, so haben wir ganz einfach das Recht, ja die Pflicht, in gewissen Dingen nun einmal Ordnung zu machen. So wäre es beispielsweise an der Zeit, gelegentlich mit den Brüdern und Schwestern von der fünften Kolonne gründlich aufzuräumen, und zwar gleichgültig, wie sie sich tarnen mögen.

Auch vom propagandistischen Gesichtspunkt ließe sich noch viel mehr leisten; oft scheint es, als scheuten wir uns, vor unserem Volke, in Presse und Rundspruch, zu den unvergänglichen Werten zu stehen, die eine freiheitliche Demokratie dem Menschen zu schenken vermag. Man soll in diesen Dingen nur nicht so ängstlich sein; schließlich wäre das keine „Einmischung in fremde Angelegenheiten“. Gerade auch durch das Mittel des Rundfunks dürfte sich noch sehr viel erreichen lassen; nur zu oft stellt sich die Empfindung ein, daß wir uns auf diesem Gebiete eine große propagandistische Wirkung infolge nicht genügender Ausnützung entgehen lassen, die dieser Errungenschaft, bei richtigem Gebrauche, innewohnt. Man halte sich hier getrost an gewisse ausländische Muster; sie sind uns weit überlegen.

Mit Erstaunen und Entrüstung hat der Schweizer nach den ersten Todesurteilen erfahren müssen, daß es Leute gab, die, dazu noch mit schlecht verhüllten Drohungen, öffentlich die Begnadigung der Verräter vertraten.

In diesem Sinne schrieb, zu wiederholten Malen, die „Front“. Wir waren bisher noch immer der Meinung, daß die Leute von der „Front“, ob sie gleich ideologisch nach unserer Auffassung bedenklich auf Abwege geraten sind, doch jederzeit zu ihrem Schweizertum stehen würden. Allein die Verteidigung der Verräter in dem Blatt der Organisation ließ schließlich nur zwei Möglichkeiten offen: entweder haben die betreffenden Redaktoren damals, als sie so schrieben, die wirklichen Hintergründe dieser Verbrechen nicht gekannt — dann hätten sie das Schreiben darüber eben bleiben lassen sollen (ein Journalist, der nicht einiges mehr weiß, als er seinen Lesern sagen darf, hat seinen Beruf verfehlt); kannten sie aber die tatsächlichen Hintergründe und den Charakter der Delikte im Einzelnen, und schrieben sie trotzdem in diesem Sinne — dann, freilich, wäre weiter nichts mehr dazu zu sagen. Was aber das Volk betrifft: es wußte, daß unter den Verrätern leider tatsächlich militante Frontisten waren; und da hat es nun erwartet, daß eben gerade jetzt, eben gerade deshalb die Herren von der „Front“ sich eine Ehre daraus machen würden, aufzustehen und zu erklären: wenn diese Leute tatsächlich das getan haben — und nach der Aktenlage war es ja so — dann sind wir die ersten, die das Exekutionspeloton fordern... Sie haben es nicht getan; im Volke aber — die Frontisten sollen ruhig einmal herumhören — sagt man sich: es war also auch diesmal wieder nichts.

* * *

Auch heute noch möchten wir der Hoffnung Ausdruck geben, daß gewisse verführte oder unsicher gewordene Elemente sich durch die tödliche Reaktion, zu der sich der Staat, zu der sich das Volk gegenüber den Verbrechern entschlossen hat, wieder auf den Weg der Vernunft und des Gewissens zurückführen lassen, ehe es zu spät ist.

Wir ändern alle aber müssen in diesen so ernsten Zeiten zusammenstehen, den innerpolitischen Kampf bewußt beiseite lassen und uns zu einer festen, unerschütterlichen Front vor dem Schicksal des Vaterlandes zusammenschließen.

(10. Dezember 1942.)